

KOMMENTAR



Thomas Knieling,
Bundesgeschäftsführer des VDAB

Die Sicherung der Versorgung mit professioneller Pflege braucht mehr als Geld

Jens Spahn plädierte zuletzt im Interview mit dem Magazin „Focus“ dafür, im Bundeshaushalt zusätzlich zwei Milliarden Euro für die Stabilisierung der Pflegeversicherung einzuplanen. Andernfalls seien stark steigende Beiträge zum Jahreswechsel nicht mehr zu verhindern. Ziel sei es, eine unzumutbare Belastung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vermeiden.

Der Vorstoß des Fraktionsvorsitzenden der CDU ist aus kurzfristiger Perspektive durchaus nachvollziehbar. Die dynamische Kostenentwicklung in der Pflege stellt eine erhebliche gesellschaftliche Herausforderung dar, die jedoch nicht allein durch eine Anpassung der Pflegeversicherungsbeiträge gelöst werden kann. Jens Spahn fokussiert sich bei seiner Forderung jedoch nur auf den Teilaspekt der Finanzierung der Pflegeversicherung und lässt dagegen zentrale Zukunftsfragen der professionellen Pflege unbeantwortet. Denn

Professionelle Pflege braucht neben Geld vor allem strukturelle Reformen und Lösungen für Personal- und Versorgungsprobleme.

die eigentliche Herausforderung liegt nicht in der Frage, wer die Pflegeversicherung in welchem Umfang finanziert, sondern in der Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung. Es entstehen immer mehr Versorgungslücken, weil der Personalmangel nicht nachhaltig gelöst werden kann und der Bedarf an professioneller Pflege ständig steigt. Hinzu kommt, dass Pflege für die Betroffenen aufgrund steigender Kosten kaum noch bezahlbar ist, während Pflegeeinrichtungen selbst mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. Es ist also höchste Zeit, dass die Bundesregierung Mut und Entschlossenheit zeigt, indem sie eine echte Strukturreform anstößt. Konsequenter Bürokratieabbau und mehr unternehmerische Gestaltungsfreiheit in einem flexibleren Leistungssystem sind dringend geboten, um auf den Ansturm der Baby-Boomer in der Versorgung vorbereitet zu sein. Nur wenn Einrichtungen Personal und Technik eigenverantwortlich einsetzen dürfen, können sie Effizienzreserven heben. Dazu gehört dann auch eine verlässliche Refinanzierung für Pflegeunternehmen. Im besten Falle erhält dann auch in Zukunft jeder, der auf professionelle Pflege angewiesen ist, ein passendes Angebot.

> Siehe Beitrag „Debatte um Zukunft des Sozialstaats“ auf Seite 1.



Kerstin Hamann, Redakteurin care konkret
Foto: Vincentz Network/Daniel George

Ein Vorbild, das Schule machen sollte

Klimaschutz ist längst kein Randthema mehr – auch nicht in der Pflegeausbildung. Das zeigt das Beispiel des BIZ München eindrucksvoll. Mit der Teilnahme an der Nursing Climate Challenge verbindet die Schule die Ausbildung von Pflegefachkräften eng mit Fragen ökologischer Verantwortung. Denn die Klimakrise zeigt sich längst auch am Pflegebett: Hitzewellen, neue Infektionskrankheiten oder psychische Belastungen durch Umweltkatastrophen haben direkte Auswirkungen auf die Gesundheit. Pflegenden sind damit an vorderster Front gefragt, Risiken zu erkennen und präventiv zu handeln. Die Initiative ist mehr als ein Schulprojekt – sie macht deutlich, dass nachhaltiges Handeln zum Selbstverständnis der Pflege gehören sollte. Durch Unterrichtsschwerpunkte, wie ressourcenschonendes Arbeiten oder regionale Umweltprojekte, wird Nachhaltigkeit konkret erlebbar. Entscheidend ist, dass Klimaschutz nicht als „Zusatzaufgabe“ vermittelt wird, sondern als integraler Bestandteil einer modernen Pflegeausbildung. Das BIZ zeigt: Wer Gesundheit ernst nimmt, muss Klima ernst nehmen. Ein Vorbild, das Schule machen sollte.

> Siehe Beitrag „Klimaschutz trifft Pflegeausbildung“ auf Seite 2.

Ohne Migration keine Pflege

Wenn wir nicht wollen, dass die Pflege kollabiert, müssen wir die Erwerbsmigration endlich als Chance sehen.

Von Ilgin Seren Evisen

Ich bin in Mannheim geboren – als Kind einer Familie, die einst mit Koffern voller Hoffnung aus Ostanatolien kam. Meine Eltern waren Teil jener Generation türkischer Gastarbeiter, die in den 1960er-Jahren in die Fabriken gingen, hart arbeiteten, Steuern zahlten – und sich eines wünschten: eines Tages wirklich dazuzugehören. Heimat zu spüren.

Wir wissen: Deutschland braucht Erwerbsmigration – nicht irgendwann, sondern jetzt. Nicht nur in der Industrie, sondern ganz besonders in der Pflege.

Die Wahrheit ist: Ohne ausländische Pflegekräfte würde das Pflegesystem in Deutschland längst nicht mehr funktionieren.

Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist das Beschäftigungswachstum in der Pflege fast ausschließlich auf internationale Fachkräfte zurückzuführen. Bereits über 300.000 Menschen mit ausländischem Pass arbeiten heute in der Pflege – Tendenz steigend.

Und doch reicht das nicht aus: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) warnt, dass Deutschland jährlich mindestens 400.000 Zugewanderte benötigt, um Wirtschaft und soziale Infrastruktur zu sichern.

Was wir aber erleben, ist eine andere Realität: Die öffentliche Debatte ist zunehmend von Angst, Abgrenzung und Populismus geprägt. Migration wird nicht als Lösung verstanden, sondern als Bedrohung. Medien und Politik sprechen von „Überforderung“, dabei ist das Gegenteil der Fall: Oh-

ne Erwerbsmigration droht der Kollaps – besonders in der Pflege.

Viele Einrichtungen versuchen bereits, Integration zu gestalten – mit Mentoring-Programmen, Sprachkursen, Integrationsmanagern. Doch das reicht nicht.

Was viele Zugewanderte erleben, ist Ernüchterung. Das Willkommensversprechen bleibt häufig theoretisch. Kolleginnen und Kollegen begegnen ihnen nicht selten mit Miss-

Ohne ausländische Pflegekräfte würde das Pflegesystem in Deutschland längst nicht mehr funktionieren.

trauen. Sie fühlen sich privat isoliert, in der Nachbarschaft fremd. Viele finden kein soziales Netz, keine Zugehörigkeit, keine Perspektive.

Die Folge: Frustration, Abbruch, Rückzug. Laut dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) ist die Abbruchquote bei zugewanderten Auszubildenden in der Pflege besonders hoch. Wer will es ihnen verdenken?

Ich appelliere hier nicht nur als Bürgerin, sondern auch als Tochter einer Gastarbeiterfamilie: Integration ist keine Bringschuld der Zugewanderten allein. Wer Integration fordert, muss Inklusiv-

sion ermöglichen. Das bedeutet, Platz zu machen – im Stadtteil, in der Kita, im Sportverein. Das bedeutet, die Menschen nicht als Ressource, sondern als Mitmenschen zu sehen.

Es braucht Empathie, Offenheit und den Mut zur Veränderung. Denn wer bleiben soll, muss sich willkommen fühlen. Nicht nur im Dienstplan, sondern im Leben.

Technik und Programme können helfen – doch sie ersetzen nicht das Entscheidende: Menschlichkeit.

Ein echtes Willkommen. Ein Umfeld, das nicht nur Arbeit bietet, sondern auch Zuhause.

Ich selbst bin der Beweis: Meine Familie hat in Mannheim Heimat gefunden – nicht weil alles perfekt war, sondern weil es Freundschaften gab. Weil da eine ältere Nachbarin war, die uns mit offenen Armen empfing. Wir nannten sie fortan einfach „Oma“.

Genau solche Geschichten können auch heute wieder entstehen – für all jene, die als neue Kolleg:innen, als neue Nachbarn, als neue Bürger:innen zu uns kommen.

Dafür braucht es nicht immer große Programme. Es braucht ein Bewusstsein:

Wir sind längst eine Einwanderungsgesellschaft. Jetzt muss das auch in unserem Denken ankommen.

Was zählt, ist nicht das Visum – sondern das Gefühl, Teil von etwas zu sein. Und daran können wir alle mitwirken.

Die Autorin ist Marketing & Business Development Manager bei der Ankaodia GmbH.



Ilgin Seren Evisen Foto: Corrine van den Broek

„Wer bleiben soll, muss sich willkommen fühlen. Nicht nur im Dienstplan, sondern im Leben.“

Pflege-Azubis im Fokus

Brandenburg plant eine sozialpädagogische Begleitung für Pflege-Auszubildende.

Das Land Brandenburg will mit einer sozialpädagogischen Begleitung und Beratung Pflege-Auszubildende stärker unterstützen und so die hohe Abbrecherquote in der Ausbildung senken. Die Landesgruppe des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) bewertet diesen Schritt positiv. „Das ist ein wichtiger Ansatz, um dieser Entwicklung entgegenzuwir-

ken“, erklärte bpa-Landesvorsitzende Simone Leske. „Viele Menschen starten hochmotiviert in die Pflegeausbildung, scheitern dann aber an den komplexen Anforderungen der generalistischen Pflegeausbildung – oder auch an privaten Herausforderungen.“ Damit die Maßnahme Wirkung entfalten könne, fordert der Verband allerdings eine verbindliche Ausgestaltung

in der entsprechenden Verordnung. Dazu zählten eine gesicherte Finanzierung, eine attraktive Vergütung und langfristige berufliche Perspektiven für die Fachkräfte, die die Begleitung übernehmen sollen. Gemeinsam mit dem Pflegeschulbund Brandenburg hat sich der bpa an die Landesregierung gewandt, um entsprechende Konkretisierungen einzufordern. (ek)